

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Alee.

II. Jahrgang.

Berlin, Donnerstag, den 15. November 1883.

N^o 109.

Die bevorstehende Landtagsession.

Am 20. November tritt der Landtag in der gegenwärtigen Legislaturperiode zu seiner zweiten Session zusammen. Die Aufgaben, die seiner warten, werden sich naturgemäß in derselben Richtung bewegen, die ihm vor einem Jahre vorgezeichnet war, aber nur zum Theil hatte betreten werden können.

Vor Allem wird es sich in der gegenwärtigen Session um die Fortführung der Steuerreform handeln, soweit Preußen dieselbe für sich allein in Angriff zu nehmen im Stande ist. Schon in der vorigen Session war es gelungen, die Aufhebung der zwei untersten Stufen der Klassensteuer durchzuführen und damit die mit der Erhebung dieser Steuer verbundenen harten und die Noth steigenden Executionen wenigstens zu einem großen Theile zu beseitigen. Hiermit ist aber das damals von der Thronrede gestellte Ziel der Beseitigung der vier untersten Stufen nur unvollständig erreicht worden. Nach den wiederholten Erklärungen des Finanzministers, an diesem Ziel unberrückt festhalten zu müssen, kann es nicht überraschen, wenn dem Abgeordnetenhaus jetzt dieser Vorschlag erneuert wird. Derselbe erscheint aber nicht wie im vorigen Jahre in Verbindung mit einem neuen Steuervorschlage, welcher Ersatz für den Ausfall schaffen soll, sondern sowohl in Anlehnung an die Art und Weise, wie der Ausfall der zwei untersten Stufen in der vorigen Session gedeckt wurde, wie den in einer Resolution ausgesprochenen Wünschen des Abgeordnetenhauses entsprechend, in Verbindung mit einer Reform der Personalsteuern, welche es sich zur Aufgabe stellt, einerseits die durch den vorjährigen Reformversuch eingetretenen Ungleichmäßigkeiten in der Personalbesteuerung selbst auszugleichen, und andererseits für den Ausfall der beiden gegenwärtig untersten (früher der dritten und vierten) Stufen Ersatz zu schaffen durch einen gesteigerten Ertrag der übrigen Stufen unter Berücksichtigung der Forderung, daß das aus Capitalbesitz fließende Einkommen verhältnismäßig stärker zur Steuer herangezogen werde, wie dasjenige aus Arbeit.

Neben dieser Seite der Steuerreform, welche vornehmlich auf eine Entlastung der ärmeren Klassen und auf eine gerechtere der Leistungsfähigkeit mehr entsprechende Vertheilung der Personalabgaben hinausläuft, sind als weitere schon vor einem Jahre angekündigte Reformen in Aussicht genommen Erleichterungen der Communal- und Schullasten und die Verbesserung der Beamtenbesoldungen. Die Nothwendigkeit dieser Reformen wird von keiner Seite bestritten, aber bisher hat dieselbe noch keinen gesetzgeberischen Ausdruck gefunden. Es soll dies gegenwärtig durch Gesetze geschehen, welche das Bedürfnis Preußens auf diesen Gebieten feststellen. Die zur Erreichung dieser Ziele erforderlichen Mittel wird Preußen freilich, nachdem es auf einen wesentlichen Theil seiner Einnahmequellen zu Gunsten des Reichs verzichtet hat, nicht beschaffen können. Stehen aber die Bedürfnisse in ihrem vollen Umfang fest, so ist zu erwarten, daß die Reichsgesetzgebung auch das ihrige thun werde, um Preußen in den Stand zu setzen, jene Bedürfnisse zu befriedigen.

Neben diesen steuerpolitischen Aufgaben wird der Landtag auch auf dem Gebiete der Verwaltungsreform Gelegenheit haben, eine erspriessliche Thätigkeit zu entfalten. Nachdem in der vorigen Session durch Vereinfachung der Organisation der Verwaltung der feste Grund gelegt worden, von dem aus eine Uebertragung der Reform auf das gesammte Staatsgebiet erfolgen kann, wird der Landtag sich zunächst mit der Einführung der Kreis- und Provinzialordnung in der Provinz Hannover zu beschäftigen haben. Man darf hoffen, daß der Versuch diesmal nicht scheitern wird, nachdem die Schwierigkeiten, welche diesem Vorhaben früher ent-

gegenstanden, durch die diesjährigen Gesetzentwürfe vom 30. Juli und 1. August beseitigt worden.

Weiter werden dem Landtage Entwürfe wegen Ausdehnung des Staatseisenbahnnetzes und Landgüterordnungen für Schlesien und Schleswig-Holstein, ferner eine neue Jagdordnung und ein Consilidationsgesetz für die Rheinprovinz zugehen: er wird also auch diesmal wichtige Aufgaben im Interesse des Verkehrs wesens und der Landwirthschaft zu lösen haben.

Nimmt man hierzu noch den Staatshaushaltsetat, so ist ersichtlich, daß das Arbeitspensum des Landtags ein ziemlich umfangreiches sein und daß es seiner ganzen patriotischen Hingabe bedürfen wird, um die Hoffnungen zu erfüllen, welche das Land auf die bevorstehende Session zu setzen ein Recht hat.

Die socialpolitische Bewegung.

Als vor wenigen Jahren Fürst Bismarck den Grundsatz aufstellte, daß der Staat die Pflicht habe, sich der wirthschaftlich leidenden Klassen anzunehmen und die Lage der Arbeiter zu verbessern, war das Erstaunen über diesen „staatsocialistischen“ Gedanken in Deutschland groß und vielleicht noch größer in anderen Ländern. Ueberall huldigte man dem Grundsatz des Gehenlassens und des Nichteinmischens in die wirthschaftlichen und socialen Verhältnisse und wollte dem Staat nur eine theilnahmlose Aufseherrolle anweisen, im Uebrigen ihm aber keinen anderen Beruf zuerkennen, als an einer möglichst vollkommenen Entwicklung der Verfassung und des formalen Verhältnisses zwischen Regierung und Regierten zu arbeiten.

Speziell in Deutschland hielt man den Inhalt des gesammten politischen Lebens mit der Sorge für die Vervollkommnung der constitutionellen Verhältnisse für erschöpft, und nachdem wir uns im neuen deutschen Reich so ziemlich wohllich eingerichtet hatten, glaubte man keine heiligere Pflicht zu haben, als für die „Freiheit“ und die Vermehrung der Rechte des Parlaments einzutreten, um dem Ideal näher zu kommen, welches sich die liberale Doctrin von einer vollkommenen Staatsform ausgedacht hat.

Heutzutage sehen wir das allgemeine Interesse sich mehr und mehr den socialen Bedürfnissen des Volks zuwenden und das Interesse für Staats-, Verfassungs- und Parteifragen sich verlieren. Heute wird die Beschäftigung des Staates mit den wirthschaftlichen und socialen Bedürfnissen vom Volke und von allen Parteien — mit Ausnahme des fortschrittlichen Liberalismus — als eine seiner wesentlichsten Aufgaben betrachtet, und heute steht die Mehrheit der Parteien vollständig auf dem Standpunkte, daß sie dem Staate das Recht eines Eingreifens in die wirthschaftlichen und socialen Verhältnisse und die Pflicht, für die minder vom Glücke Begünstigten und in der freien Concurrenz Unterliegenden durch Hebung und Besserung ihrer Lage zu sorgen, mehr oder weniger zuerkennen. Es hat sich dies namentlich bei der Berathung des Krankenkassengesetzes gezeigt, welches von allen Conservativen, Ultramontanen, Nationalliberalen und selbst von einigen SeceSSIONisten angenommen wurde.

Der Umschwung, welcher sich in dieser Beziehung gegen früher in Deutschland vollzogen hat, ist ein gewaltiger. Aber er erstreckt sich nicht allein auf Deutschland. In den letzten Wochen ist auch in England eine Bewegung in derselben Richtung hervorgetreten, in jenem England, welches bisher dem Grundsatz des Gehenlassens und der Selbsthilfe des Einzelnen den freiesten Spielraum ließ und wo der Gedanke an eine Beschäftigung des Staates mit den gesellschaftlichen Verhältnissen weit von der Hand gewiesen

wurde. Diesen Umschwung hat in England eine Schrift herbeigeführt, welche den Titel führt: „Die Klage der Ausgestoßenen von London; eine Untersuchung der Zustände unter den ausgestoßenen Armen.“ In dieser Schrift werden vornehmlich die Wohnungsverhältnisse der Armen beleuchtet und die in dieser Beziehung herrschenden Uebelstände aufgedeckt. Hierdurch ist mit einem Male die Aufmerksamkeit von ganz England auf die schlimmen Folgen der „Freiheit“ gelenkt worden, auf welche bisher alle dortigen Parteien so stolz waren, und überall treten Forderungen und Reformvorschläge hervor, welche alle darauf hinauslaufen, daß Staat und Parlament von dem Prinzip der Nichteinmischung sich lossagen und etwas zur Abhilfe thun müssen. Ein hervorragender conservativer Staatsmann hat sich an die Spitze der Bewegung gestellt, die immer nachhaltiger wird, und zunächst die Herstellung menschenwürdiger Wohnungen unter Mitwirkung des Staates zu seinem Programm gemacht. Es ist wahrscheinlich, daß in der nächsten englischen Parlamentssession die Arbeiterfrage einen hervorragenden Gegenstand bilden wird. Dänemark hat gleichfalls die staatliche Fürsorge für die arbeitenden Klassen in die Hand genommen und eine active und materielle Beihilfe des Staates für die Versicherung der Unbemittelten gegen Todesfall in Aussicht genommen.

Durch diese gleichartigen Bewegungen in England und Dänemark, zu denen auch ähnliche Bestrebungen in Oesterreich hinzutreten, erhält die auf eine Besserung der Lage der Arbeiter gerichtete Politik in Deutschland eine Art von Beglaubigung und Unterstützung: sie kann von ihren Gegnern nicht mehr als eine Erfindung der „Reaction“ ausgegeben, sondern muß als eine innere, sich aus der ganzen bisherigen Entwicklung ergebende Nothwendigkeit anerkannt werden, welche zuerst begriffen zu haben das Verdienst Deutschlands und seines großen Staatsmannes ist und bleiben wird. Jene Bewegungen sind aber auch geeignet, denjenigen Parteien in Deutschland, welche sich den socialpolitischen Aufgaben des Staates gegenüber im Allgemeinen freundlich und förderlich gezeigt haben, die Augen über die hohe Bedeutung derselben und über die Pflicht größeren Eifers und entschiedenerer Stellungnahme zu denselben zu öffnen. Einzelne Parteien unterschätzen die Bedeutung jener Aufgaben und glauben, ihre Mitwirkung hierbei von allerhand außerhalb der Sache, theils auf kirchlichem, theils auf reinpolitischem Gebiete liegenden Vorbedingungen abhängig machen und als geeignetes Tauschobject zur Erlangung politischer Vortheile verwerthen zu können. Diese Parteien verkennen die Zeichen der Zeit und — ihr eigenstes Interesse. Heute dürfte die Bedeutung der politischen Parteien vornehmlich von dem Grade abhängen, in welchem sie sich mit den socialpolitischen Aufgaben beschäftigen und wie sie denselben näher treten. Nur solchen Parteien gehört die Zukunft, welche sich den neu erwachten Bedürfnissen des Staatslebens voll und ganz gewachsen zeigen und mit Ernst und Entschiedenheit, aber auch ohne Hintergedanken und ohne Egoismus sich der Lösung der Aufgaben widmen, deren Nothwendigkeit aller Orten immer mehr zu Tage tritt.

Socialdemokratische Ziele.

III.

Bebel's Betrachtungen über das traurige Loos der Frau in Vergangenheit und Gegenwart gehen von einer weit ausgedehnten Vergleichung zwischen der Geschichte des weiblichen Geschlechts und derjenigen des Arbeiterstandes aus; der naheliegende Gedanke, daß die große Mehrheit der civilisirten Menschen aus Arbeitern besteht und daß deren Frauen nicht auf Rosen gebettet sein konnten, während die Männer im Schweiß ihres Angesichts schaffen mußten, scheint dem Verfasser gar nicht gekommen zu sein. Freilich hat derselbe für seine Art der Behandlung des Stoffes noch besondere Gründe gehabt. Seine Ausführungen laufen darauf hinaus, daß den Frauen nur auf demselben Wege werde geholfen werden können, wie den Arbeitern, nämlich durch die Errichtung des socialdemokratischen Zukunftsstaats. Dieser Gedanke sollte in ein neu und gelehrt aussehendes Gewand gekleidet (man könnte auch sagen verkleidet) werden, um in diesem Kleide freie Passage zu erlangen. Diese Absicht verräth sich mit besonderer Deutlichkeit dadurch, daß die Schilderung der

künftigen socialistischen Herrlichkeit einen sehr viel breiteren Raum einnimmt, als der Abschnitt, in welcher der Verfasser von der „Zukunft der Frau“ handelt. Von Versuchen, die Lage der Frauen der arbeitenden Klassen schon jetzt zu bessern, ist nur da die Rede, wo ausgeführt wird, daß mit schrittweisen Fortschritten überhaupt Nichts auszurichten, sondern das Heil allein von einer plötzlichen und gewaltsamen Umgestaltung aller staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, — mit andern Worten nur von einer Revolution zu erwarten sei. Da „die Socialisirung der Gesellschaft“ einen Zustand herbeiführen wird, der Allen hilft, weil er die „Productionsmittel“ zum Eigenthum Aller machen, Allen die gleichen Rechte und Pflichten und den gleichen Antheil am Lebensgenuß sichern wird, so kann das Recht, diese Umwandlung bei nächster passender Gelegenheit vorzunehmen, natürlich keinen Augenblick zweifelhaft sein. Die gleiche Arbeitspflicht Aller und der für Alle geltende Grundsatz „ohne Arbeit kein Genuß, und keine Arbeit ohne Genuß“ werden einen schlechthin mustergiltigen Zustand herstellen; mit der Armuth wird das Verbrechen, mit dem Eigenthum der Diebstahl beseitigt sein und die Freiheit in der Wahl der Beschäftigung dafür sorgen, daß es auch keine Faulenzen mehr giebt. Nach Bebel giebt es (von den Reichen abgesehen) eigentlich schon jetzt keine Faulenzen mehr, denn diejenigen, die so genannt werden, sind zumeist unschuldige Arbeitlose und Leute, welche durch nothgedrungene Bagabondage und schlechte Erziehung verwahrlohten. In der gesunden moralischen Luft des Zukunftsstaates werden dergleichen Verirrungen unmöglich sein. Kann aber Jemand schlechterdings Nichts leisten, so ist das ebenso wenig als seine Schuld anzusehen, wie außerordentliche Leistung für ein Verdienst gelten darf, — in beiden Fällen hat die Natur es so gewollt.

Ob es Leute giebt, die diese Anschauung so vollständig theilen, daß sie einen plötzlichen Sprung aus dem gegenwärtigen mangelhaften und sündigen Zustand in ein Reich allgemeiner Vortrefflichkeit und Tugend für möglich halten, mag zunächst außer Betracht bleiben. Zwei Fragen wird sich indessen jeder halbwegs Verständige vorlegen müssen, der die Kunde von dem der Menschheit bevorstehenden Zukunftsparadiese vernimmt. Was soll bis zur Erreichung desselben geschehen? und was soll aus dem in der alten Welt emporgekommenen verderbten Geschlechte werden, das seine früheren Gebrechen und üblen Gewohnheiten in die neue ungewohnte Herrlichkeit mit hinüber nimmt?

Auf beide Fragen fehlt jede Spur einer Antwort, denn die zwischen die Zeilen des Bebel'schen Buchs geschriebene Aufforderung, den Umsturz nach Kräften vorzubereiten, kann für eine solche Antwort nicht wohl gelten. Im Gegentheil wird man sich sagen müssen, daß der Zustand beständiger Auflehnung und Feindschaft gegen die bestehende Ordnung, zu welchem die Bürger und Begründer des Zukunftsstaats gebracht werden sollen, auch der Festsetzung neuer Ordnung Schwierigkeiten bereiten muß. — In der Misachtung jeder allmählichen, friedlich durchzuführenden Besserung in der Lage der Arbeiter und der Frauen liegt die gefährlichste, ja die eigentlich verbrecherische Seite des von den Bebel und Genossen gepredigten Systems, das (soweit es sich um die Gegenwart handelt) eigentlich nur ein „je toller desto besser“ verkündigt. Gerade dem weiblichen Theile der ärmeren Klassen der Bevölkerung könnte auf die verschiedenste Weise die Last erleichtert werden, die nicht nur durch die allgemeinen Verhältnisse, sondern wesentlich durch die Schuld der Männer auf ihn gehäuft wird. Was in dieser Rücksicht zu thun ist und gethan werden kann, ist Volksfreunden, die über die Sache nachgedacht und z. B. Jules Simons Buch „die Arbeiterin“ gelesen haben, keineswegs unbekannt, — wahrscheinlich auch Herrn Bebel nicht, dem eine gewisse Belesenheit nicht abgesprochen werden kann. Ueber diesen Punkt könnte aber nur geredet werden, wenn man es darauf ankommen ließe, nicht allein den Mängeln der Staatseinrichtung und den Unterlassungen der Besitzenden, sondern auch der Noth, Trunksucht und Lässigkeit der Arbeiter den Spiegel vorzuhalten und diesen unangenehme Wahrheiten zu sagen; etwa hervorzuheben, daß in vielen Arbeiterfamilien der halbe Verdienst von dem Arbeiter persönlich verausgabt wird, daß die Fremdheit zwischen Vätern und Kindern nicht nur von der Arbeitsüberhäufung, sondern ebenso häufig von den Wirthshausgewohnheiten der Ersteren verschuldet wird u. s. w., u. s. w.

Von alledem zu schweigen und den Arbeitern einzureden, alle und jede Schuld an den Schwierigkeiten ihrer Lage sei bei den Besitzenden und bei den von diesen beherrschten Einrichtungen zu suchen, gehört aber einmal zu den Grundvorschriften der social-demokratischen Agitation. Nach diesen Vorschriften hat sich Herr Bebel so genau gerichtet, als ob er wirklich der Thor wäre, der nicht wüßte, daß der Satz „die Verhältnisse bestimmen die Entwicklung und den Charakter des Einzelnen“ auch in der Umkehrung wahr ist, daß der Einzelne durch seinen Charakter die Verhältnisse, in welche er geräth, bestimmt. Die Volksverführer aller Zeiten und aller Völker sind in der Verschweigung dieser Wahrheit einig gewesen, weil sie immerdar die Feinde der Reform gewesen sind, welche die Besserung der öffentlichen Zustände durch eine Hebung der Sittlichkeit und der Einsicht der Menschen anstrebt.

Politische Tagesfragen.

† Wie wir hören, liegt es in der Absicht der Regierung, dem Reichstage ein neues Gesetz über das Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaftswesen vorzulegen. Die Nothwendigkeit einer Revision des bestehenden Gesetzes ist vom Reichstage in der Sitzung vom 18. Mai 1881 anerkannt und sind mehrere darauf bezügliche Anträge der Regierung als Material überwiesen worden, nachdem der Staatssecretair des Reichsjustizamtes Dr. von Schelling die Erklärung abgegeben hatte, daß die verbündeten Regierungen mit einer Revision des Genossenschaftsgesetzes beschäftigt seien. Gegenwärtig finden Verhandlungen zwischen den betheiligten Ressorts über die Feststellung der Grundzüge des neuen Entwurfs statt.

† Die Berathungen der zuständigen Ausschüsse des Bundesraths über das neue Actiengesetz haben bisher noch nicht in Angriff genommen werden können, da die betr. Bundesbevollmächtigten von ihren resp. Regierungen noch nicht alle mit Instruktionen versehen sind. Bei dem großen Umfange und der Bedeutung des Entwurfs nimmt die Prüfung desselben durch die Regierungen erklärlicher Weise längere Zeit in Anspruch, zumal einzelne derselben sich mit den Organen der interessirten wirthschaftlichen Kreise in Verbindung gesetzt und das Gutachten derselben bezüglich des Entwurfs eingeholt haben. — Der Bundesrath wird sich demgemäß vorläufig mit größeren gesetzgeberischen Arbeiten nicht zu beschäftigen haben; gegenwärtig liegen ihm der Landhaushaltsetat für Elsaß-Lothringen und einige andere auf Elsaß-Lothringen bezügliche Entwürfe zur Berathung vor. Auch dürfte die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes für Berlin, welcher mit dem 29. d. M. abläuft, demnächst für ihn in Frage kommen.

† Die in der Presse verbreiteten Nachrichten von der Feststellung neuer Nachtragsetats zum Reichshaushaltsetat entbehren, wie zuverlässig verlautet, der Begründung. Dieselben scheinen nur zu dem Zweck in Umlauf gesetzt zu sein, um die frühzeitige Feststellung des Etats für 1884/85 nachträglich zu discreditiren. An Beweismaterial hierfür fehlt es aber den Blättern gänzlich: auch hier ist wohl nur der Wunsch der Vater des Gedankens.

† Zwischen Preußen und Württemberg ist am 2. Juni 1883 ein Vertrag, betreffend die Regulirung und Veränderung der Landesgrenze auf den Gemarkungen Dettensee in Hohenzollern und Nordstetten in Württemberg, abgeschlossen worden. Es handelt sich dabei um ein Stück Land mit einem Flächeninhalt von 10 Ar 47 m, dessen Landeshoheit bisher zweifelhaft war und welches nunmehr in die Landeshoheit Preußens übergeht, sowie um den Uebergang bisher der Krone Württembergs gehöriger Gebietstheile mit einem Flächeninhalt von 69 Ar 79 m an die Krone Preußens, und um den Uebergang bisheriger preussischer Gebietstheile von 80 Ar 26 m an die Krone Württembergs. Die einzelnen Gebietstheile sind dem Gesamtergebnisse nach gleich groß und gleichwerthig und findet daher von keiner Seite eine Vergütung bezüglich einer Mindereinnahme an Steuern statt. Dieser Staatsvertrag wird dem Landtage zur Genehmigung vorgelegt werden. Der bezügliche Gesetzentwurf, betreffend den Rechtszustand der vom Königreich Württemberg an Preußen abgetretenen Gebietstheile, sowie die Abtretung preussischer Gebietstheile an das Königreich Württemberg, wird von einer Denkschrift begleitet sein, welche ausführt, daß bei Gelegenheit eines, mit Bezug auf ein Grundstück an der Preussisch-Württembergischen Landesgrenze eingetretenen Besitzwechsels sich herausgestellt hat, daß die Markungs- und zugleich Landeshoheitsgrenze zwischen den Gemeinden Dettensee (Preußen) und Nordstetten (Württemberg) streitig war, indem ein Stück Land weder in den Besitz- und Steuerheften von Dettensee, noch im Güterbuche von Nordstetten nachgewiesen war. Die Differenz konnte aus der im Archiv der Regierung in Sigmaringen befindlichen Beschreibung der Landeshoheitsgrenze und den auf dem Kataster-

Büreau des Steuercollegii in Stuttgart befindlichen Originalkarten nicht aufgeklärt worden. Hierdurch trat die Nothwendigkeit einer Grenzregulirung zwischen Preußen und Württemberg hervor, wie sie in dem Gesetzentwurf beabsichtigt wird. Hierbei hat sich ein längst empfundener Uebelstand fühlbar gemacht, nämlich, daß mehrere Parzellen von Eigenthümern in Dettensee und Nordstetten gleichzeitig auf beiden Feldmarken, also mit einem Theil unter preussischer, mit dem anderen Theil unter württembergischer Landeshoheit liegen, bezw. zwei Gerichtsbarkeiten unterworfen sind und deren Besitzer Staats- und Communalsteuern nach zwei Orten zu zahlen haben. In Verbindung mit jener Grenzregulirung ist daher ein Austausch der betreffenden Grundstücke beabsichtigt, der auch überall durchführbar ist, mit Ausnahme einer Parzelle, welche — um zu verhüten, daß keiner von beiden Staaten zu kurz kommt — auch ferner unter der Landeshoheit beider Staaten bleibt. Der Communalandtag in Sigmaringen hat sich mit dem Gesetzentwurf einverstanden erklärt.

Die Stichwahlen für die Stadtverordnetenwahlen in Berlin, welche am 13. d. M. stattfanden, haben mit einer empfindlichen Niederlage der Fortschrittspartei geendet. Von zehn Stichwahlen sind fünf zu Gunsten der deutschen Bürgerpartei ausgefallen, drei zu Gunsten der Fortschrittspartei und zwei zu Gunsten der Arbeiter-Partei. Dies Resultat ist um so interessanter, als, wie man sich erinnert, die demokratische Volkszeitung unter dem Beifall anderer fortschrittlicher Blätter ein Verfahren ausgeklügelt hatte, welches nach ihrer Rechnung unfehlbar den Arbeitern drei und den Fortschrittlern die übrigen sieben Sitze zuführen mußte. Man wollte so generös sein, den Arbeitern die drei Wahlkreise, in denen sie mit der Fortschrittspartei zur Stichwahl standen, ohne Kampf zu überlassen, um dafür deren Bundesgenossenschaft in den übrigen Bezirken, wo die Bürgerpartei der Fortschrittspartei das Feld streitig machte, zu erhalten. Die Arbeiter haben dankend abgelehnt, und zwar wie man sieht, mit gutem Grunde; denn sie haben sich zwei Wahlkreise aus eigener Kraft erobern können, ohne von der Gnade der Fortschrittspartei Gebrauch machen und sich zu demüthigenden Bedingungen verpflichten zu müssen. Und so ist es denn gekommen, daß die Fortschrittspartei, von den Arbeitern im Stich gelassen, in fünf Bezirken von der Bürgerpartei besiegt worden ist. Wenn auch der Anschlag der Fortschrittspartei fehlgeschlagen ist, so wird doch diese Episode des Wahlkampfes unvergessen bleiben als Beweis dafür, wie sehr die Fortschrittspartei, wo sie ein politisches Geschäft machen zu können glaubt, mit den Arbeitern kokettirt.

Man schreibt uns aus Westfalen: Im Landkreise Bochum wird wieder über Zunahme der Verbrechen und Vergehen geklagt. Die Mehrzahl der Vergehen bilden die Körperverletzungen, die meist von jugendlichen Burschen verübt werden. Ein Hauptgrund hierfür dürfte in dem Mangel an Zucht der jungen Leute zwischen 14 und 21 Jahren zu suchen sein. Während in den besseren Ständen die jungen Leute in diesem Lebenszeitraum, sei es in den Schulen oder in einem familiären Lehrverhältnis stets unter strenger Zucht und Aufsicht gehalten werden, bewegen sich die dem Knabenalter meist noch nicht erwachsenen jungen Leute der Fabrikarbeiter- und Zechenarbeiter-Bevölkerung in fast schrankenloser ungeordneter Freiheit, der verhältnismäßig hohe Tagesverdienst, über welches sie schließlich freie Verfügung haben, macht sie übermüthig und verleitet sie zu Genüssen, die ihre Leidenschaften anregen. Die Arbeitsgelegenheit und die Neigung der jungen Leute zur Ungebundenheit bringt es mit sich, daß sie nicht mehr im Elternhause in Kost und Logis sind und dorthin ihren Arbeitslohn zu gemeinschaftlicher Wirthschaftung abgeben; sie entziehen sich früh der elterlichen Zucht und begeben sich in ein Kostgängerverhältnis in einer ihrer sittlichen Entwicklung schädliche Umgebung. Der tägliche Arbeitsverdienst ohne Sorge für Familie und Angehörige giebt ihnen Gelegenheit zu Ausschweifungen, die bald in Verbrechen enden. Das diesjährige Musterungsgeschäft im Landkreise Bochum zeigte eine sehr bedenkliche Menge von Vorbestrafungen wegen Körperverletzung bei den militärpflichtig gewordenen jungen Leuten; Individuen mit Schuß- und Hiebnarben gehörten nicht zu den Seltenheiten. Der natürliche jugendliche Uebermuth bedarf der Einschränkung in Ordnung, Zucht und Sitte, wenn diese Verhältnisse sich nicht je länger je mehr zu einem wirklichen socialen Uebel gestalten sollen. — Vielleicht tragen hierzu auch die vielen öffentlichen Lustbarkeiten und die vielen kleinen schlechten Schnapswirthschaften bei. Hier ist sowohl den Aufsichtsbehörden wie der privaten und Vereinsthätigkeit ein reiches Feld socialer Thätigkeit gegeben, da die beregten Uebelstände dringend der Abhilfe bedürfen.

Der Betrieb der Steinkohlenwerke im Regierungsbezirk Arnshberg war im verflossenen Quartal ein überaus lebhafter; die Förderung sowie der Bedarf hatten sich wesentlich gesteigert. Da indes der Absatz der Eisen-, insbesondere der Drahtindustrie nach Amerika fast ganz aufgehört hat, so ist in dieser Beziehung eine Flaute nicht zu verkennen, und dies hat natürlich auch auf den Kohlenbetrieb Einfluß geübt. Während daher die meisten Zechen in flottem Betriebe standen und zur Deckung der Nachfrage selbst Ueberhichten

eintreten lassen mußten, sahen sich einzelne Zechen, welche Kokssteinkohlen fördern, gezwungen, ihre Belegschaften hin und wieder feiern zu lassen. Doch giebt man sich allgemein der besten Hoffnung auf ein flottes Wintergeschäft hin. Der Nuttlaer Schiefergrubenbau hat guten Absatz gehabt, so daß die Gewerkschaft 150 Mann beschäftigten konnte. Die Fredeburger Gruben leiden unter der zu weiten Entfernung bis zur nächsten Eisenbahnstation; man verspricht sich daher für diese Gruben, die ein dem besten Dachschiefer an die Seite zu stellendes Produkt liefern, von der bereits beschlossenen Sekundärbahn Altenhündem-Schmallenberg und deren in Aussicht stehenden Fortsetzung nach Fredeburg den besten Erfolg. Die Gewerkschaften der Schwefelkiesgruben im Kreise Olpe hatten ein etwas lebhafteres Geschäft als bisher. — Die Arbeitslöhne der Bergleute haben in mehreren Revieren, z. B. Gelsenkirchen, Dortmund und Hamm, eine nicht unwesentliche Erhöhung, nirgend aber einen Rückgang erfahren. Es kann daher die Lage der Bergarbeiter in Verbindung mit der überaus reichen Kartoffel- und der befriedigenden Korn-Ernte als durchaus erfreulich bezeichnet werden. Um der verstärkten Nachfrage der Wintermonate entsprechen zu können, suchen die Zechen noch fort und fort gute Arbeiter.

Wie aus dem Regierungsbezirk Magdeburg berichtet wird, dauert auch dort die günstige Lage des Gewerbes, des Handels und der Industrie fort. Handwerker und Tagelöhner finden überall ausreichende und lohnende Beschäftigung und Klagen über Arbeitsmangel sind nirgends laut geworden. Der Handel zeigte im Laufe des verfloffenen Sommers einen ruhigen und durchaus sicheren Character; nur das Getreidegeschäft war in Folge großer Zufuhren vom Auslande gedrückt. Das Spiritusgeschäft war in den Monaten Juli und August recht lebhaft. Die Preise waren hoch, sind aber seitdem angesichts der guten Kartoffelernte gesunken. In allen Zweigen des Fabrikwesens herrscht rege Thätigkeit. Vor allem sind die Eisenwaaren- und Maschinenfabriken im Aufschwung begriffen. So hat u. A. in der Gruson'schen Eisengießerei in Budau eine bedeutende Vermehrung der Production stattgefunden. Auch die Eisenburger Hüttenwerke sind auf ein Jahr hinaus reichlich mit Aufträgen versehen. Der Betrieb der Braunkohlenwerke, sowohl der privaten als auch der fiskalischen, war regelmäßig. Die Zuckerrfabriken im ganzen Bezirk haben Ende August und Anfangs September die Campagne eröffnet, welche bei der quantitativ geringen Rüben-ernte voraussichtlich nicht lange dauern wird, während der Ertrag in Folge des hohen Zuckergehalts der Rüben sehr ergiebig sein wird.

In der Lage der Industrie im Regierungsbezirk Erfurt sind auch im vorigen Quartal hervorragende Veränderungen nicht bemerkbar geworden. Fast sämtliche Zweige der Fabrikationsthätigkeit waren voll beschäftigt, wenn auch die Preise sich nicht heben wollten. Daher wird durch größeren Umsatz ein Ausgleich zu schaffen gesucht, weshalb es an Arbeitsgelegenheit nicht fehlt, was auf den Verdienst der Arbeiter günstig einwirkt. Die Verhältnisse der Maschinenfabrikation und der Herstellung von Metallwaaren und Lampen sind unverändert geblieben. Die Nähmaschinenfabrik in Mühlhausen prosperirt nach wie vor; dagegen haben die Maschinen-, Gewehr- und Munitionsfabriken in Sömmerda und in Suhl ihre Aufträge an inländischem Militärbedarf nahezu ausgeführt und daher Mangel an Arbeit. Nur einige Fabriken an letzterem Orte sind durch Rohr-Lieferungen nach Rußland, Serbien und Rumänien ausreichend beschäftigt; auch ist die Privat-Waffenfabrikation dort in anhaltender Entwicklung begriffen, wobei geschickte Arbeiter gesucht sind, so daß auch die Löhne sich auf befriedigender Höhe erhalten. In der Textilbranche ist ein Fortschritt zur Besserung unleugbar vorhanden, wenigstens was Nachfrage und Absatz anlangt. Der Verdienst ist nach der Behauptung der Fabrikanten wegen der hohen Material- und gedrückten Fabrikationspreise nur gering; indeß gestehen die Streichgarnspinnereien in Mühlhausen und Umgegend hierin eine Besserung gegenüber dem vorigen Winter ein. Die Porzellanfabriken im Kreise Schleusingen befinden sich in voller Beschäftigung, obgleich die Preise unter der großen Konkurrenz leiden. Auch die Ziegeleien scheinen überall reichlich beschäftigt zu sein. Endlich sei noch als bemerkenswerth verzeichnet, daß die Cigarren- und Tabakfabrikation an einzelnen Stellen, z. B. in den Kreisen Mühlhausen und Worbis einen Anlauf zur Hebung nehmen zu wollen scheint.

Günstige Nachrichten über die diesjährige Ernte gehen auch aus dem Regierungsbezirk Erfurt ein. Sie wird im Allgemeinen als eine gute Mittelernte bezeichnet. Das Wintergetreide hat dort im Großen und Ganzen ein weniger zufriedenstellendes Resultat ergeben als das Sommergetreide, insofern von ersterem der Ertrag an Körnern und Stroh ein geringerer war, wogegen bei letzterem beides befriedigte. Die Kartoffelernte ist mit alleiniger Ausnahme des Kreises Ziegenrück eine vorzügliche gewesen, und es sind dementsprechend die Preise niedrig. Auch die Obst-ernte, namentlich in Äpfeln und Birnen, weniger in Pflaumen, ist sehr reichlich ausgefallen. Hinsichtlich der Zuckerrüben wird auch von dort wie von verschiedenen anderen Gegenden berichtet, daß sie zwar etwas

klein geblieben sind, aber einen sehr hohen Zuckergehalt besitzen. Die für einzelne Ortlichkeiten des Kreises Langensalza den Ausschlag gebende Gurken-ernte entspricht nicht den gehegten Erwartungen, sondern gilt nur als eine leidliche, dagegen sind die Klee- und Heu-Erträge mit wenig Ausnahmen gut zu nennen.

Aus den Hohenzollernschen Landen wird über eine sehr erfreuliche rege Theilnahme der Landwirthe am landwirthschaftlichen Vereinswesen berichtet. Die Anzahl der Mitglieder der sieben unter der Oberleitung der landwirthschaftlichen Centralstelle in Hohenzollern gegründeten landwirthschaftlichen Bezirksvereine beträgt bereits 2031, eine für den kleinen Umfang der Hohenzollernschen Lande sehr beträchtliche Zahl. Die Bildung von Wassergenossenschaften nimmt gleichfalls einen bedeutenden Aufschwung und stellt die Hebung des Ertrages vieler bisher an Risse leidenden Grundflächen in gewisse Aussicht. Die Unterstützungen, welche zur Förderung solcher Meliorationen vom landwirthschaftlichen Ministerium gewährt worden sind, haben auf den Entschluß zur Bildung der genossenschaftlichen Unternehmungen sehr erfolgreich eingewirkt. Bettelwesen und Landstreicherei haben im Laufe des Sommers merklich nachgelassen, was einerseits der von der Landwirthschaft dargebotenen vermehrten Arbeitsgelegenheit, andererseits aber auch dem Einschreiten der Polizeibehörden zuzuschreiben ist. In Württemberg ist die Errichtung einer Arbeiterkolonie nach dem Wilhelmsdorfer Muster mit beabsichtigter Ausdehnung ihrer Wirksamkeit auf die Hohenzollernschen Lande ins Auge gefaßt, und es ist bereits eine in Württemberg unweit von Hohenzollern gelegene Besitzung für diesen Zweck käuflich erworben worden.

Aus der Hauptstadt.

Als zuerst die Idee einer Canalisation Berlins angeregt wurde, hörte man vielfach auch die Behauptung, daß die anzulegenden Rieselfelder demal ein nicht unerheblichen Gewinn abwerfen würden. Von dieser Vorstellung ist man wohl längst völlig zurückgekommen. Der schon erwähnte Bericht über die Verwaltung der Canalisationwerke im letzten Rechnungsjahr stellt die gewiß möglichst günstige Berechnung auf, daß sich das finanzielle Resultat bei der Bewirthschaftung der Rieselfelder in Zukunft etwa auf eine Verzinsung der angelegten Capitalien mit $2\frac{1}{2}$ Procent stellen wird und exemplifizirt das an den Gütern Osdorf und Friederikenshof. Die für diese aufgestellte Berechnung würde auch für die übrigen Rieselfelder in 2—3 Jahren im wesentlichen zutreffen. Die genannten beiden Güter haben nun einen Werth von zusammen 2,768,000 \mathcal{M} . Der muthmaßliche jährliche Reingewinn wird veranschlagt auf 106,690 \mathcal{M} , wobei angenommen wird, daß die Wiesen 100 \mathcal{M} , die Beete 150 \mathcal{M} , die Bassins 170 \mathcal{M} pro ha ergeben werden. Ferner sind dabei auf die Milch- und Viehwirthschaft, einschließlich der Einnahmen aus dem Verkauf des Düngs, 23,720 \mathcal{M} u. s. w. gerechnet, dagegen angenommen, daß die Gebäudestellen, Wald, Park, Wege u. s. w. dauernd keinen Ertrag liefern werden. Erst nach einigen Jahren würde von den dann vorhandenen 25,000 Obstbäumen, den Baumschulen, Weidenplantagen und Erlenpflanzungen auf Einnahme zu rechnen sein. Von den vorstehenden 106,690 \mathcal{M} kommen noch die allgemeinen Verwaltungskosten für die Güter (Gehälter für die Beamten und Gefindelöhne, Abgaben und Lasten u. s. w.) mit 43,000 \mathcal{M} in Abzug, so daß nur noch 63,690 \mathcal{M} verbleiben. Durch diesen Betrag wird der oben angegebene Werth der Güter Osdorf und Friederikenshof von 2,768,000 \mathcal{M} zu 2,31 Procent verzinst.

Im 3. Quartal d. J. wurden in Berlin auf den Wochenmärkten in 167 Fällen 852 kg Fleisch, in 9 Fällen 95 $\frac{1}{2}$ kg Wildpret und Geflügel und in 9 Fällen 54 $\frac{1}{2}$ kg Fische mit Beschlag belegt; auf den Sonntagsmärkten in 7 Fällen 20 kg Fleisch; auf der Verkaufsstelle am Central-Vieh Hof in 2 Fällen 8 kg Fleisch; auf Privatverkaufsstellen in 2 Fällen 206 kg Fleisch; auf Bahnhöfen in 4 Fällen 587 kg Fleisch und in 3 Fällen 165 kg Wildpret und Geflügel; auf den Untersuchungsstationen in 18 Fällen 531 kg Fleisch, in 5 Fällen 176 $\frac{1}{2}$ kg Wildpret und Geflügel und in 1 Fall $\frac{1}{2}$ kg Fische. Auf dem Wochenmarkt am Dönhofs-Platz kamen die meisten Beschlagnahmen vor, nämlich 40 von Fleisch und 3 von Wildpret und Geflügel.

Personalien.

Der Regierungsrath Dr. jur. Jahr zu Marienwerder ist zum Bezirksverwaltungsgerichts-Director in Königsberg und der Premierlieutenant a. D. von Drewitz zu Prüm zum Landrath ernannt worden.

Der bisherige erste Lehrer Doyé am Schullehrerseminar zu Neustuppin ist zum Seminardirector ernannt worden und wird, außerdem Vernehmen nach, mit der Direction des Seminars zu Kritz betraut werden.

Hierzu eine Beilage.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Der Besuch des österreichischen Kronprinzenpaares am hiesigen Hofe ist am Freitag der vorigen Woche zu Ende gegangen, nachdem Kronprinz Rudolf an den beiden letzten Tagen mit unserm Kaiser und den königlichen Prinzen sowie mit dem Könige und dem Prinzen Georg von Sachsen, welche direkt von Dresden nach Eberswalde gefahren waren, an den Jagden in Hubertusstock theilgenommen hatte. Auch die sächsischen Herrschaften sind am nächsten Tage wieder abgereist.

Am 10. November wohnten der Kaiser und der von Wiesbaden zurückgekehrte Kronprinz in der Nikolaiirche dem Gottesdienst zur Feier des 400jährigen Geburtstages Luthers bei, zu welchem auch die königlichen Prinzen, die höchsten anwesenden Beamten der Reichs- und der Staatsverwaltung, sowie der Magistrat und die Stadtverordneten Berlins erschienen waren. Wie in der Reichshauptstadt, so ist überall in protestantischen Landen das Lutherfest in würdiger Weise und unter allgemeiner Theilnahme gefeiert worden.

Ihre Majestät die Kaiserin hat nach Beendigung der Kur in Baden-Baden sich nach Coblenz begeben.

Der Kronprinz wird in den nächsten Tagen, voraussichtlich am Sonnabend, die in Aussicht genommene Reise nach Madrid antreten, um in Stellvertretung seines erlauchten Vaters, Sr. Majestät des Kaisers, dessen hohes Alter die Unternehmung einer so weiten Reise nicht gestattet, dem Könige Alfons einen Gegenbesuch abzustatten. Wie aus Madrid gemeldet wird, sind dort die Vorbereitungen zu glänzenden Festlichkeiten in vollem Gange, welche während der Anwesenheit des hohen Gastes veranstaltet werden sollen.

Der preussische Landtag wird am nächsten Dienstag eröffnet werden. Derselbe wird sich vornehmlich mit der Fortsetzung der Steuerreform, der Verwaltungsreform und der Verstaatlichung von Eisenbahnen zu beschäftigen haben.

Der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff ist zu Inspektion zwecken nach den westlichen Provinzen gereist. Die Besichtigungen werden sich namentlich auf die Festungen in den Reichslanden erstrecken.

Noch zwei weitere Minister haben Reisen im Interesse ihrer Ressorts nach dem Westen angetreten, der Kultusminister Dr. von Gossler und der Minister der öffentlichen Arbeiten Maybach. Letzterer beabsichtigt namentlich eine Besichtigung der Rheinstrombauten bei Coblenz vorzunehmen, worauf über die Weiterführung dieser Bauten Beschlüsse gefaßt werden soll.

In Berlin haben am Dienstag die Stichwahlen für die Stadtverordnetenversammlung stattgefunden, welche zu Ungunsten der Fortschrittspartei ausgefallen sind. Obgleich sämtliche Liberalen zusammenhielten und ihnen selbst in den Bezirken, wo kein Socialdemokrat zur Wahl stand, von Seiten der Arbeiter Unterstützung geliefert wurde, haben dennoch von den zehn Bezirken, in welchen die Stichwahlen stattfanden, nur drei sich für die fortschrittlichen Kandidaten entschieden, während von der Bürgerpartei fünf und von der Arbeiterpartei zwei gewählt wurden. Von den 42 durch die dritte Abtheilung zu vergebenden Sitzen sind sonach nur 25 wieder an den Fortschritt gefallen. Mit Recht wird darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Resultat ein um so schlimmeres für diese Partei sei, als sie sich bekanntlich ganz besonders als eine Volkspartei zu bezeichnen liebt. In Berlin beherrscht also die Fortschrittspartei die Wahlstimmen des Gros der Einwohner nicht mehr, — eine Thatsache, welche wohl auch auf künftige politische Wahlen nicht ohne Einfluß bleiben dürfte.

In Dresden ist am Mittwoch die Session des sächsischen Landtages durch eine Thronrede eröffnet worden. Am Schluß derselben hob der König, welcher die Eröffnung persönlich vollzog, mit Genugthuung hervor, daß unter dem Einfluß des erfreulichen Aufschwunges von Handel und Gewerbe und in Folge der gestiegenen Erträge der Zölle und Reichssteuern die Finanzlage des Staates sich weiter gebessert habe. Es könne daher auf die Zuschläge zur Einkommensteuer verzichtet und die Aufhebung des fiskalischen Schauffeegeldes in Aussicht genommen werden. Auch gestatte der gedeihliche Zustand der Finanzen, einige größere Bauten zur Förderung der Zwecke der Staatsverwaltung, Wissenschaft und Kunst in Angriff zu nehmen und die Eisenbahngütertarife zu ermäßigen. Ausdrücklich wird aber in der Thronrede constatirt, daß die Landwirthschaft an der eingetretenen Besserung der Erwerbsverhältnisse nicht in dem erwünschten Maße theilnehmen können, und werde die Regierung demgemäß ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Hebung des landwirthschaftlichen Gewerbes richten.

Aus dem Auslande.

Die neulich an dieser Stelle gemachte Bemerkung, daß die vor etwa zehn Tagen angeordnete zeitweilige Suspension der Press- und Versammlungsfreiheit in Serbien auf eine bedenkliche Erregung der Gemüther schließen lasse, ist durch den am 9. d. M. erfolgten Ausbruch eines bewaffneten Aufstandes in den südlichen Kreisen des Königreichs und durch die Verhaftung sämtlicher Führer der parlamentarischen Opposition bestätigt worden. Die Energie, mit der die Regierung gegen die Meuterer

(von Belgrader Agenten der radicalen Partei aufgehetzte Bauern, die dem Befehl, die in ihrem Besitz befindlichen Waffen abzuliefern, den Gehorsam verweigerten) vorgeht, hat diese bedrohliche revolutionäre Bewegung erstickt, bevor dieselbe größere Verhältnisse anzunehmen vermochte. Dadurch sind die Besorgnisse, welche durch die Erregung unter den Südslaven hervorgerufen worden waren, vorläufig wieder verschleucht und die aufreizenden Artikel gewisser russischer Zeitungen ihrer Bedeutung beraubt worden. Besonders Aufsehen hatte es erregt, daß auch die einflußreiche Moskauer Zeitung in diesen Ton einstimme und mit dem thörichten Vorschlage hervortrat, das Fürstenthum Bulgarien in eine von Ostrumelien aus regierte Republik zu verwandeln. — Daß der russische Minister des Auswärtigen zur Zeit als Gast unseres Reichskanzlers in Friedrichsruh weilte, kann als Beleg dafür angesehen werden, daß die Petersburger Regierung die Dinge anders und richtiger beurtheilt, als das in der Moskauer Presse geschieht.

Das Hauptereigniß im westlichen Europa ist das spanische Reiseprojekt unseres Kronprinzen gewesen, das zu Ende der laufenden Woche in Ausführung gebracht werden soll. Der Kronprinz beabsichtigt, über Genua und Barcelona nach Madrid zu gehen und mehrere Tage in der spanischen Hauptstadt zu verweilen. Böses Gewissen und feindliche Gesinnung haben einen Theil der Pariser Politiker auf den Gedanken gebracht, hinter diesem Acte politischer Höflichkeit könne ein gegen Frankreich geschmiedeter feindlicher Plan stecken und gegen diesen wird gerüstet. Wie es heißt, sollen bezahlte Pariser Unruhestifter bereits unterwegs sein, um die Bevölkerung von Barcelona gegen ihren König und dessen kaiserlichen Gast aufzuwiegeln und, wenn möglich, eine Wiederholung der schmählichen Pöbelscene vom 29. September herbeizuführen. Sollten die Anhänger der republikanisch-revolutionären Partei in Spanien auf die ihnen gemachten Zumuthungen eingehen, so könnte diese verbrecherische Thorheit ihnen theuer zu stehen kommen, da die öffentliche Stimmung eine der Regierung durchaus günstige ist. — Frankreich selbst befindet sich nach wie vor in außerordentlich schwierigen Verhältnissen. Auf Madagaskar ist ein Aufstand ausgebrochen, der dem Anscheine nach neue militärische Anstrengungen nothwendig machen wird, und die Nachrichten aus China haben ihren bedrohlichen Charakter behalten. Bei Gelegenheit des jährlich in London gefeierten Festes zur Feier der Bürgermeisterwahl sind zwischen dem französischen Gesandten Waddington und Herrn Gladstone außerordentlich freundschaftliche Reden ausgetauscht, von denen die Pariser Presse noch gegenwärtig zehrt, — alle Welt weiß indessen, daß die meisten Engländer mit ihren Sympathien auf der Seite der Chinesen stehen. — Der Pariser Regierung stehen abermalige Veränderungen bevor, da die Minister des Auswärtigen und der Finanzen Challemel-Lacour und Tirard zurückzutreten beabsichtigen. In der Kammer haben die Anträge auf Wiederherstellung der seit länger als dreißig Jahren abgeschafften Central-Mairie (Oberbürgermeisterei) von Paris und einer größeren Selbstständigkeit der hauptstädtischen Verwaltung den Hauptgegenstand der Aufmerksamkeit gebildet. Wie früher die Kaiserliche Regierung, der Präsident Mac Mahon und der verstorbene Gambetta sind aber auch die gegenwärtigen Machthaber der Meinung, daß eine Erweiterung des Selbstbestimmungsrechts der unruhigsten Stadt der Welt nur auf Kosten der Sicherheit des gesammten Landes möglich sein würde. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses hat sich dieser der auf zahlreiche geschichtliche Erfahrungen gegründeten Meinung angeschlossen.

Die Petersburger politischen Kreise sehen gegenwärtig der bevorstehenden Entscheidung des Reichsraths über ein von dem Unterrichtsminister Deljanow projectirtes, auf strenger Ueberwachung der Universitäten abzielendes Gesetz mit einer gewissen Spannung entgegen, da sich gegen dasselbe vielfacher Widerspruch erhoben hat. — In der russischen Handelswelt bildet der von dem Fürsten Demidow-San Donato und dem Geheimrath Durnowo gehegte Plan, den periodisch wiederkehrenden Stockungen der Getreideausfuhr durch die Errichtung großer Lagerhäuser in den Hafen- und Grenzstädten des Reichs abzuwehren, — den Gegenstand allgemeinen Interesses. Diese Lagerhäuser sollen den Getreide-Einlegern Lagercheine (Warrants) ausständigigen, welche erforderlichen Falls verkauft und verfeßt werden können, um in Zeiten der Absatzstockung den Inhabern zu Vorschüssen zu verhelfen. Hoffentlich wird der diesem patriotischen Unternehmen von kurzfristigen Patrioten und eigennütigen Spekulanten geleistete Widerstand beseitigt und dem russischen Getreidehandel dadurch aufgeholfen werden. Die Unternehmer haben mit Hilfe ausländischer Geldleute ein Kapital von 25 Millionen aufgebracht und für ihr Project die Bestätigung der Regierung erbeten, an welcher es voraussichtlich nicht fehlen wird.

Von nächster Woche ab erscheint diese Correspondenz wöchentlich dreimal, und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Abend. Die nächste Nummer wird also Dienstag, den 20. November, ausgegeben werden.